

Die Absatzmöglichkeiten der Agrarprodukte aus privater, genossenschaftlicher und staatlicher Produktion (VEG) wird sich entsprechend der Marktordnung in der Bundesrepublik im wesentlichen nach Angebot und Nachfrage richten. Bei Exporten und Importen werden - soweit noch vorgesehen - gesonderte Maßnahmen der EG für diese Bereiche wirksam. Aus den jetzt vorliegenden Erkenntnissen und Erfahrungen sollte eine übereilte Reprivatisierung im Bereich der Landwirtschaft vermieden werden, da sonst zu den schon sehr komplizierten Problemen aus der Industrie weitere aus dem Bereich der Landwirtschaft hinzukommen würden.

Aufgrund der Struktur der Landwirtschaft in der DDR und ihrer volkswirtschaftlichen Stellung sollten auch hier gesonderte Experten Vorschläge ausarbeiten, die bei einer Vereinigung beider deutscher Staaten in Rahmenbedingungen durch eine Regierung festzulegen wären.

Zur Außenwirtschaft der DDR

Die wirtschaftliche Abhängigkeit der DDR von der UdSSR wurde in einer Reihe von Fragen bereits dargelegt. Gegenwärtig ist die UdSSR gegenüber der DDR verschuldet.

Aus diesem Grunde wurde Ende 1989 der UdSSR ein Kredit ^{Deuten} gewährt, um keine Verschuldung auszuweisen. Nach Einschätzung der Experten und aufgrund der Warenströme und der sich entwickelnden Preise bereits im Jahr 1991/1992 ist dieser Positiv-Saldo ausgeglichen. Aus der jahrzehntelangen Praxis des Außenhandels der UdSSR ist davon auszugehen, daß sie auf einen ausgeglichenen Außenhandel mit der DDR bzw. in einem geeinten Deutschland Wert legen. Die Abhängigkeit der DDR-Industrie vom sowjetischen Markt wird im wesentlichen durch die Importabhängigkeit der DDR bei Rohstoffen und durch den technisch-wissenschaftlichen Stand der Erzeugnisse und deren Preise bestimmt. Die Chancen, sich aus diesen Abhängigkeiten zu befreien, sind nur in einem Zeitraum bis zum Jahr 2000 durch Veränderungen der Macro- und Mikrostruktur denkbar.

Ende 1989 betrug die Nettoverschuldung der DDR in konvertierbaren Devisen bereits saldiert ca. 42 - 43 Mrd. Valutamark. Sie wird nach meiner Einschätzung Ende des Jahres 1990 zwischen 48 und 50 Mrd. liegen und bis zum Jahr 1995 bei einem angenommenen Import gegen konvertierbare Devisen von ca. 12 - 12,5 Mrd. VM und einem Export in etwa der gleichen Höhe leicht ansteigend bis auf 14- 15 Mrd. VM - voraussichtlich 75 Mrd. VM betragen.

60 % der Verbindlichkeiten der DDR haben mittel- bzw. langfristige Fälligkeiten. Ein größerer Teil im Jahre 1988/1989 aufgenommener Kredite werden erst nach 1996 fällig.

Das Hauptproblem in der Zahlungsfähigkeit der DDR besteht in der Liquidität, d. h. in der Deckung des täglichen offenen Bargeldproblems. Es lag bereits 1989 weit über 20 Mrd. VM mit stark steigender Tendenz.

Nach dem Stand vom November 1989 beträgt der jährliche Neubedarf 4 - 5 Mrd. VM in frei konvertierbaren Devisen. Dabei wird unterstellt, daß die Außenhandelsbank einschließlich der Handelsbank jährlich Neuaufnahmen von 6 - 7 Mrd. frei konvertierbarer Devisen sichern kann. Dabei wäre zu beachten, daß ca. 75 % aller Kreditaufnahmen durch japanische Banken bzw. Bankengesellschaften bisher finanziert wurden.

Die von Herrn Teltschik dargestellte unmittelbar bevorstehende Zahlungsunfähigkeit der DDR besteht zu Recht. Dabei ist völlig unwesentlich, ob sie einen oder vier Monate später erfolgt.

Aufgrund der bereits für das Jahr 1982/1983 erwarteten Zahlungsunfähigkeit liegen entsprechende Dokumente im Panzerschrank des Bankpräsidenten, die mit einer Mitteilung beginnt, daß aufgrund des eingetretenen Kreditboykotts bzw. der Nichtgewährung neuer Kredite und der Nichtverlängerung angelegter Depositen die Rückzahlung aufgenommener Kredite bei Beibehaltung der Zinszahlungen zeitweise nicht möglich ist.

Aufgrund der gesammelten Erfahrungen am Beispiel Polens würden dann alle Interessen der Gläubigerbanken durch den IWF wahrgenommen.

Bei der Vereinigung beider deutscher Staaten müßte dieses Problem durch die Regierung der BRD bzw. die beauftragten Regierungsorgane - Bundesbank, Finanzministerium - geklärt werden.

Die Forderung von Herrn Minister Waigel zur Vorlage aller Bilanzen über die Auslands- und Inlandsverschuldung nach Ländern, Währungen und Strukturen einschließlich Laufzeiten besteht völlig zu Recht. Sie müßten eigentlich bereits mit Beginn der Expertengespräche zur Wirtschaftsreform und Währungsunion vorgelegt werden. Ohne eine offene und ehrliche Darlegung der finanziellen Lage ist eine wirksame Hilfe durch die Bundesrepublik - und das trifft vor allen Dingen auch für die notwendigen Maßnahmen für eine Wirtschaftsreform und Währungsunion zu, unmöglich.

Ohne diese Angaben hat die Arbeit der Expertenkommission nur platonischen Wert und könnte von jeder Hochschuleinrichtung vorgenommen werden. Es geht ja in jedem Fall um eine ganz konkrete Lage und deren Überwindung und nicht um ein angenommenes Modell.

In der DDR bestanden und bestehen keine Geldwaschanlagen:

Abhängig von der DDR sind alle Firmen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), die mehr als 10 % ihres Handels mit Außenhandelsbetrieben der DDR abwickeln.

Vom Bereich Kommerzielle Koordinierung wurden in den Jahren 1987 - 1989 durchschnittlich 3 Mrd. VM erwirtschaftet. Davon wurden ca. 1,8 Mrd. direkt an den Staat abgeführt. Die anderen erwirtschafteten Gewinne wurden gegen Zinsen im Ausland bzw. bei den DDR Außenhandelsbanken angelegt. So hat z.B. der Bereich Kommerzielle Koordinierung im Jahre 1989 der Außenhandelsbank einen Kredit über 1 Mrd. Dollar gewährt. Ende Oktober 1989 verfügte der Bereich über Guthaben von ca. 5,1 bzw. 5,2 Mrd. VM, davon ca. 2,3 Mrd. Konto 628, das ausschließlich vom ehemaligen Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, verfügt werden konnte. In der praktischen Regelung war mit Mittag vereinbart, daß gegenüber dem Generalsekretär 100 Mio. VM ständig disponibel waren, während die anderen Beträge mit optimalen Verwertungsraten angelegt wurden. Ende Oktober betragen die Umlaufmittel des Bereiches über diese : Posten hinaus 2,8 Mrd. VM, die speziell als Rücklagen für aufgenommene Kredite, zur Finanzierung von Industrievereinbarungen angelegt wurden.

Diese Beträge von ca. 5,8 Mrd. VM Ende 1989 sind Bestandteil der bereits dargelegten Liquiditätsrechnung und wurden bei der Sicherung des offenen Bargeldproblems berücksichtigt.

(Über die Summe von 5,1 oder 5,2 Mrd. hinaus, lagen Anfang Dezember 21 t Gold - ca. 490 Mio DM - zur Verfügung der Regierung Modrow bereit. Das wurde auch dem Ministerpräsidenten in einem handschriftlich von mir geschriebenen Brief sowie die Auslandskonten in der Schweiz in Höhe von ca. 67 Mio DM mitgeteilt. Sie dienten ausschließlich als letzte Einsatzreserve bei einer kurzfristig eingetretenen Zahlungsunfähigkeit der DDR)

Es sei festgestellt, daß seit dem 8. Parteitag ^{der SED} 1972 der Bereich Kommerzielle Koordinierung insgesamt 27 Mrd. VM erwirtschaftet hat, davon wurden 17 - 18 Mrd. direkt an den Staatshaushalt abgeführt. Darüber hinaus wurden seit diesem Zeitraum Einnahmen aus Vereinbarungen und Verträgen mit der Bundesrepublik einschließlich der Transitpauschale bis 1989 in Höhe von 23 Mrd. VM DM vereinbart, die voll und direkt auf Konten des Ministeriums der Finanzen eingingen.